

LISA

» hat was zu sagen



zur Studierendenrats-Wahl
22.-26. Juni 2015, Uni Bremen



Inhalt <<

Wer ist eigentlich LiSA?	3
LiSA wehrt sich	5
LiSA im AStA:	
Offener, lauter, aktiver, stärker.	7
<i>Ein Jahresrückblick</i>	7
<i>Was wollen wir?</i>	9
Die Uni, für die LiSA kämpft	11
<i>LiSA geht nicht mehr zur Schule!</i>	11
<i>>> braucht fürs Studium genügend Raum und Zeit</i>	13
<i>>> will miteinander, nicht gegeneinander lernen</i>	14
<i>>> will auf dem Campus gut leben</i>	15
<i>>> ist Teil einer selbstbewussten und aktiven Studierendenschaft</i>	18
<i>>> will spannende, aber auch kritische Forschung</i>	20
Gesellschaftskritik - ohne geht's nicht	23



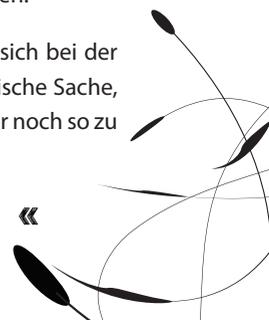
Wer ist eigentlich LiSA?

LiSA steht für „Liste der StudiengangsAktiven“ und ist ein breiter Zusammenschluss von Studierenden an der Uni. Unsere gemeinsame Motivation ist nicht nur die bestehenden universitären und gesellschaftlichen Verhältnisse zu kritisieren und nach Möglichkeit zu verändern, sondern studentisch selbstorganisiert Räume für ein frei bestimmtes Leben und Lernen zu verteidigen und neue zu erkämpfen. Wir wollen den bestehenden Sachzwängen entgegenwirken, auf anti-emanzipatorische Strukturen und Handlungen hinweisen und sie nach Möglichkeit aufbrechen.

Wir sind keine Freund*innen von abgehobenen Institutionen, in denen abgeschottete Stellvertreter*innen Politik betrieben wird. Wir wollen auch nicht, dass Parteikarrierist*innen, die sich ihrer eigenen Partei weit mehr verantwortlich fühlen als ihren Kommiliton*innen, den AStA zu ihren gesammelten Posten im Lebenslauf addieren und ihn so als Karrieresprungbrett missbrauchen. LiSA steht für selbstständige Partizipation. Es ist uns wichtig, nicht nur eigene Ideen umzusetzen, sondern allen Studierenden die Möglichkeit zu geben, aktiv zu werden und sich einzubringen, denn wir gaukeln uns nicht vor, zu wissen, was rund 19.000 Studierende an der Uni wollen und was nicht. Wir wollen gemeinsam mit Euch eure Ideen umsetzen!

LiSA ist gegen eine Uni, in der immatrikuliert sein heißt dirigiert, reglementiert, eingepfercht, belehrt, gepredigt, kontrolliert, eingeschätzt, abgeschätzt, zensiert und kommandiert zu werden. Die unkoordinierte Einführung von BA/MA und die straff geplanten Semester machen vielen das Leben zusätzlich schwer und lassen kaum Raum für persönliche Entwicklung. Auch die Einführung des Nationalen Stipendiumprogrammes an der Uni und das konsequente Vorantreiben einer Exzellenz- und Eliteuni verdeutlicht wieder einmal exemplarisch, dass die Bedürfnisse der Studierenden in keinsten Weise berücksichtigt werden, wenn es darum geht, das Studium an erkenntnisfeindlichen Quantitätsrichtlinien auszurichten.

Im Wahlkampf tüfteln alle antretenden Listen Strategien aus, wie sie sich bei der Masse der Studis am besten anbieten können. Mehr als um die politische Sache, geht es darum, sich als die Besten und Coolsten zu verkaufen oder sogar noch so zu



tun, als würde mensch sich den ganz dringenden Problemen jeder*s Einzelnen annehmen wollen und können. Das ekelt uns ziemlich an, denn es sind Wahlversprechen im klassischen Sinne. Sie sollen einer emotionalen Entscheidung den Vorrang vor einer rationalen geben. Aber wer glaubt denn schon ernsthaft, dass ein paar gewählte AStA-Hansel in ihrer Freizeit mal eben die dringlichsten studentischen Probleme lösen. Das geht nicht. Erstens sind 12 Leute einfach zu wenige und zweitens kennen die gar nicht die Probleme von ca. 19.000 Studis. Deshalb finden wir Wahlen scheiße. Weil sie darüber hinwegtäuschen, wie wirkliche Problemlösungen und Verbesserungen erreicht werden können. Ganz viele von ganz wenigen vertreten zu lassen, bringt es einfach nicht.

Dennoch treten wir zur Wahl an, nehmen an diesem Prinzip teil, ohne darin aufgehen zu wollen. Denn wir wollen nicht stellvertretend für euch sprechen oder handeln, sondern gemeinsam mit euch. Erst das verleiht uns allen politisches Gewicht. Und wenn dabei nicht bloß 12 gewählte Vertreter*innen, sondern möglichst viele Studis auf die Möglichkeiten und die Infrastruktur des AStAs zurückgreifen können, dann hilft das ungemein. Deshalb treten wir zur Wahl an und machen Wahlkampf.

Die Verhältnisse und Entwicklungen an der Uni gehören kritisiert und bekämpft, wozu Alternativen entworfen und praktisch umgesetzt werden müssen. Wenn Ihr einen AStA wollt, der sich für Euch einsetzt, mit Euch Aktionen macht, oder Euch dabei unterstützt, der kritisch und unabhängig ist, dann wählt Liste 10.

LiSA wehrt sich

LiSA ist es wichtig, zentrale Entscheidungen an der Uni nicht allein Gremien wie dem Akademischen Senat (AS) oder den Fachbereichsräten zu überlassen, in denen Studierende strukturell kaum etwas zu melden haben. Im AS der Uni werden beispielsweise lediglich vier der 22 Sitze mit Studis besetzt – viele Einflussmöglichkeiten gibt es da nicht.

Aber welche Macht hat denn noch ein*e Professor*in, wenn sich Studierende zusammen schließen und gemeinsam handeln? Welchen Mut hat eine Fachbereichskommission, wenn ihnen ein ganzer Studiengang auf der Nase herumtanzt? Der erste Schritt muss immer sein, miteinander zu reden. Wenn wir dabei aber erkennen müssen, dass Entscheider*innen nicht mit sich reden lassen, dann muss klipp und klar gesagt werden: Nicht mit uns!

Uns ist es wichtig, dass nicht über die Köpfe der Studierenden hinweg entschieden wird. Deswegen haben wir von LiSA uns maßgeblich an den Protesten gegen den Kürzungsbeschluss im AS im Rahmen des Wissenschaftsplans 2020 beteiligt. Während unserer Infowoche im November verteilten wir mehr als 4000 Broschüren, die auf die Pläne der Bremer Landespolitik und die der Uni aufmerksam machten, veranstalteten Informationsabende und luden alle Studierenden zum Aktivenplenum ein. Zugleich machten wir unsere Ablehnung gegenüber den Kürzungsvorhaben auf den Sitzungen des AS, dem höchsten Entscheidungsgremium der Uni, deutlich. Als dies jedoch nicht fruchtete und der Kanzler die Kürzungsvorlage dem AS dennoch vorlegen wollte, mussten wir in die Offensive gehen. Zuvor jedoch vergruben wir uns zwei Wochen in Recherchearbeit, um das Ausmaß der Kürzungen z. B. für die Lehre fassen, bewerten und nach außen kommunizieren zu können. Mit Hilfe der vielen Informationen aus den betreffenden Instituten gelang es uns eine kommentierte Tabelle der Kürzungsmaßnahmen auszuarbeiten und zu veröffentlichen. Unser Protest gipfelte schließlich in einer ersten Sitzungsverhinderung im Dezember. Dies war der Auftakt eines drei Monate andauernden Konfliktes zwischen Studierenden und Uni-Leitung. Denn trotz der von uns mitinitiierten und organisierten Perspektiven-Diskussions-Veranstaltung und der Vollversammlung, auf denen sich mehrheitlich gegen die Kürzungsmaßnahmen positioniert und für



einen politischen Richtungswechsel der Uni ausgesprochen wurde, hielt das Rektorat an seinem Vorhaben fest. Dank des entschlossenen Vorgehens von uns Studierenden gelang es uns, die entscheidenden Sitzungen des AS zu blockieren und das Ausmaß der Kürzungsbeschlussvorlage einzudämmen. Der vom Rektor allein verabschiedete Eilentscheid beinhaltete deshalb u. a. nicht mehr die Abschaffung der Psychologie sowie die Erhöhung der studentischen Gebühren. Für uns ein voller Erfolg – das konsequente Blockieren der AS-Sitzungen hatte sich gelohnt! Dennoch ließen wir es uns nicht nehmen, mittels eines offenen Briefes abschließend noch einmal an die Bildungs- und Wissenschaftsbehörde zu appellieren, den Wissenschaftsplan 2020 grundlegend zu überarbeiten.

Bereits im Sommersemester 2013 drohte der Uni Bremen der Wegfall von 150 Stellen in Mittelbau und Verwaltung und den Studierenden damit erhebliche Einschnitte in der Lehre. Auch dagegen formierte sich von Beginn an Widerstand, der sich im Wintersemester 2013 zu den größten Studiprotesten der letzten Jahre in Bremen ausweitete. Wir von LiSA beteiligten uns an den Vorbereitungen für die studentische Vollversammlungen und der Demonstration, an der schließlich mehr als tausend Menschen teilnahmen. Zusammen mit den vielen weiteren kleinen Aktionen wurde auf diese Weise so viel Öffentlichkeit geschaffen, dass die Stellenkürzungen immerhin zum Teil vom Senat zurückgenommen wurden.

Die zahlreichen Proteste der letzten Jahre haben uns gezeigt, dass wir mit dieser Form des direkten Eingreifens erfolgreich bessere Studienbedingungen erreichen können. LiSA ist überzeugt, dass sich ohne Druck, der gemeinsam von vielen Menschen aufgebaut wird, innerhalb dieser gesellschaftlichen bzw. inneruniversitären Entscheidungsstrukturen nichts ändern wird.

Um die Uni zu einem Ort zu machen, der unseren Bedürfnissen entspricht, müssen wir uns vernetzen, miteinander kommunizieren und gemeinsame Mittel und Wege finden, auch über die Landes- und Ländergrenzen hinaus, sowohl mit anderen Statusgruppen an der Uni als auch mit anderen sozialen Gruppen.

LiSA im AStA: Offener, lauter, aktiver, stärker.

Ein Jahresrückblick

Seit fast einem Jahr ist LiSA nun im AStA. Anlass genug, um mit einem erschöpften wie lachenden Auge auf die vergangenen Monate zurück zu blicken.

Seit dem politischen Richtungswechsel auf der AStA-Etage stellt LiSA das Referat für Hochschulpolitik sowie das Referat für Befreiungsfragen und soziale Bewegungen. Wir haben uns bewusst dazu entschieden, als Gruppe gemeinsam die Referate zu stellen anstatt einzelnen Personen die komplette Verantwortung zu übertragen. Das liegt vor allem daran, dass wir glauben, dass es gerade im hochschulpolitischen Bereich sinnvoll ist, dieses Feld mit vielen zu ‚bearbeiten‘- gemeinsam können wir einfach mehr erreichen. Außerdem liegt uns viel daran, im AStA ein Referat als Gruppe zu tragen und zu füllen und im Prozess der Gestaltung möglichst hierarchiearm und konsensbasiert zu agieren. Zudem macht es auch noch mehr Spaß, sich gemeinsam politisch an der Uni zu engagieren.

Semesterstart – Begrüßung der Erstis

Pünktlich zu Beginn des Wintersemesters starteten wir unsere Arbeit mit der ‚Kritischen O-Woche‘, die wir gemeinsam mit BaLi veranstalteten. In der Zeit boten wir Veranstaltungen und Workshops an, die hinter die Kulissen der Uni und des Restes der Welt schauen sollten. Das Couch-Café in der Glashalle war dabei der zentrale Ort für ein erstes Kontaktknüpfen und gegenseitiges Kennenlernen.



Kürzungsproteste

Anschließend konzentrierten wir uns auf die anstehenden Kürzungen im Rahmen des Wissenschaftsplans 2020. Diese Arbeit umfasste u.a. die Durchführung einer Infowoche im November sowie regelmäßige Treffen im Aktivenplenum. Recherchearbeit und der Kontakt zu den betroffenen Instituten war uns wichtig. Unser Protest gipfelte schließlich in einer ersten AS-Sitzungsblockade im Dezember. Dies war schließlich der Auftakt einer drei Monate andauernden Auseinandersetzung zwischen Studierenden und Uni-Leitung. Hierzu findet ihr mehr unter: LiSA wehrt sich.

Selbstverwalteter, studentischer Raum

Neben den Protesten gegen die Kürzungen, engagierten wir uns im GW3. Da für uns studentisch selbstverwaltete und nichtkommerzielle Orte und Räume an der Uni nicht fehlen dürfen, ist es uns ein großes Anliegen, das GW3 zu erhalten, mit Veranstaltungen und Festen zu füllen und für all diejenigen zu öffnen, die Lust haben, das Unileben (mit) zu gestalten.

Regionale und überregionale Vernetzung

Zudem ist uns wichtig, nicht alleine und isoliert zu agieren, deshalb war und ist Vernetzung auf regionaler wie überregionaler Ebene ein zentrales Thema. Der Kontakt und Austausch mit den Aktiven im AStA der (Fach-)Hochschule ist nur ein Beispiel dafür.

Sommersemester 2015 – Im Namen der Ente

Seit Beginn des Sommersemesters beschäftigen wir uns verstärkt mit dem an der Uni vorherrschenden Leistungs- und Konkurrenzkampf. Unter dieses große inhaltliche Feld, fällt auch das Thema Anwesenheitspflicht. Hierzu spuken einige Ideen in unseren Köpfen, an deren Umsetzung wir gerade arbeiten, wobei die Titelge-

schichte „Aufruf zur ENTE-lenzen“ der aktuellen Tante Paul diesbezüglich als inhaltliche Grundsatzklärung gelesen werden kann. Außerdem: Am 17.06 tut sich was, auf dem Boulevard.

Rückblickend schauen wir auf ein produktives und ereignisreiches Jahr zurück. Wir haben viel Energie und Schweiß, aber auch Spaß in unsere Arbeit gesteckt und so einiges erreicht. Nichtsdestotrotz haben wir noch lange nicht genug! Wir freuen uns deshalb auf ein spannendes, turbulentes und farbenfrohes neues Jahr...

Eure Lisen

... Almut, Irina, Janine, Kristin, Manuel, Maze, Sina, Tom, Tom, Vera u.v.m.

Was wollen wir?

...einen „AStA der Projekte“

Dank der vielen erfolgreichen Aktivitäten im letzten Jahr genießt unsere Arbeit im AStA weiterhin hohe Priorität für uns. Wir haben in dieser Legislatur begonnen, unsere Vorstellung eines „AStA der Projekte“ umzusetzen. Unser Ziel ist es dabei, studentische Mitbestimmung und Selbstverwaltung sowie studentisches Engagement zu stärken. Wir begreifen den AStA als einen lebendigen Ort, an dem eigene Projekte und Anliegen Unterstützung finden und verwirklicht werden können. Dabei wollen wir die Interessen der gut 19.000 Studierenden an der Uni Bremen nicht einfach vertreten (wie auch?), sondern Optionen und Ansatzpunkte für ein emanzipiertes politisches, kulturelles und soziales Handeln möglichst vieler Studierenden bieten. Deshalb steht der AStA mit seinen Möglichkeiten (Räume, Telefone, Fax, Computer, Kopierer, Geld, etc.) grundsätzlich allen Studierenden zur Beteiligung offen.

Der AStA ist ein Ort mit politischen Dimensionen, den wir selbst (mit-)gestalten wollen. Da dem AStA durch den regelmäßigen Semesterbeitrag von uns Studierenden eine Menge Geld zur Verfügung steht, ist es uns wichtig, mit diesen Mitteln Projekte zu verwirklichen, die auch in Eurem Interesse liegen.



Weil wir jedoch nicht all eure Wünsche, Bedürfnisse und Interessen kennen können, ist es quasi ein Ding der Unmöglichkeit jede*n Studierende*n der Uni gerecht zu werden und ihn*sie vertreten zu können. Wir finden deshalb, dass die Uni-Demokratie von der direkten Beteiligung aller leben sollte. Es ist uns also nicht daran gelegen die leider weit verbreitete Stellvertreter*innenpolitik zu reproduzieren, sondern Beteiligungsmöglichkeiten für alle zu schaffen – jenseits von einem Kreuzchen auf einem Zettel.

Wir wollen im Rahmen unserer AstA-Arbeit Studierenden und Stugen sowie allen Mitarbeiter*innen auch weiterhin auf gleicher Augenhöhe begegnen. Deswegen hat für uns das „AstA-Plenum“ die wichtigste Stellung im AstA. Dort sollen Entscheidungen über Finanzen, Aufgaben der Selbstverwaltung, politisches Handeln und Außendarstellung des AstAs konsensorientiert und nicht nach Mehrheitsabstimmung getroffen werden. An diesem Plenum können alle aktiven Studierenden teilnehmen und nicht nur gewählte Stellvertreter*innen.

LiSA im AstA steht daher für offene Treffen, offene Türen und offene Ohren! Den AstA sehen wir als angestrebte Projektarbeit, kurz: als „AstA der Projekte“. Dabei legen wir besonders Wert darauf, nicht nur unsere eigenen Ideen umzusetzen, sondern allen Studierenden die Möglichkeit zu geben, (selbst) aktiv zu werden und sich einzubringen. Auf der AstA - Etage wollen wir eure Ideen nicht für Euch, sondern gemeinsam mit Euch umsetzen.

...das politische Mandat

Dem AstA ist es verboten, sich politisch zu Dingen zu äußern, die „nichts“ mit „Hochschulpolitik“ zu tun haben. Über viele Gerichtsverfahren wurden die Asten auf ein sogenanntes „hochschulpolitisches Mandat“ beschränkt. Dies geht davon aus, dass alles, was jenseits des Uni-Campus geschieht, nicht mehr die Interessen von uns Studierenden berührt. Die Trennung zwischen „Hochschulpolitik“ und „Allgemeinpolitik“ ist jedoch absurd. Einerseits hört kein*e Student*in jenseits des Campus auf zu existieren. Studierende sind, wie alle anderen Menschen auch, davon betroffen, was in dieser Gesellschaft passiert und müssen mit den Folgen leben. Andererseits sind hochschulpolitische Positionen immer aus einem allgemeinen Verständnis darüber abgeleitet, wie eine Gesellschaft funktioniert. Das Verbot,

sich „allgemeinpolitisch“ zu äußern, verstehen wir deshalb vor allem als Versuch, kritische Äußerung einer gesellschaftlich relevanten Gruppe, nämlich den Studierenden, zu verhindern.

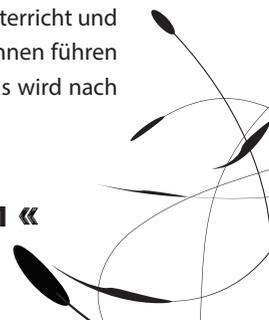
LiSA lässt sich den Mund aber nicht verbieten. Das heißt konkret, dass LiSA sich für die Aufhebung des „hochschulpolitischen Mandats“ stark macht – sowohl im AStA als auch auf dem Campus. LiSA lässt sich nicht einschüchtern. Wir wollen unsere Meinung sagen und als Menschen unseren Interessen überall dort Gehör verschaffen, wo sie ansonsten missachtet werden. LiSA steht deshalb für ein politisches Mandat.

Die Uni, für die LiSA kämpft

Wir wünschen uns die Uni als einen Ort, der frei ist von äußeren Zwängen; einen Ort, an dem die ökonomische und soziale Situation des Einzelnen keine Bedeutung hat; einen Ort, wo der gemeinsame Wunsch nach kritischer wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit sich selbst und den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen wir leben, im Vordergrund steht und der von Gleichberechtigung und freier Meinungsäußerung geprägt ist. Nur in solch einem Umfeld ist Wissenschaft möglich, die die Aufgabe wahrnimmt, die Gesellschaft und bestehendes Wissen kritisch zu hinterfragen und so neue Erkenntnisse und Lösungsmöglichkeiten erzeugt.

LiSA geht nicht mehr zur Schule

Seit 1999 der Bologna-Prozess in Gang gebracht und schrittweise die Bachelor/Master-Struktur eingeführt wurde, sind die Grenzen zwischen Schulunterricht und Studium oft nicht mehr auszumachen. Professor*innen und Dozent*innen führen sich als neue Lehrer*innen auf, die sagen, wo es langgeht und oftmals wird nach



Stundenplan in klassenähnlichen Verbänden studiert. Obwohl Prüfungsvorleistungen und Anwesenheitslisten offiziell abgeschafft wurden, sind sie oft noch gängige Praxis und geben im Studienalltag den Takt vor. Die Möglichkeit, sich Veranstaltungen aus anderen Fachbereichen auszusuchen, um den Blick über den Tellerrand zu wagen, verkommt zur Rarität, in Anbetracht damit einhergehender Nachteile des Abweichens vom vorgegebenen Studienverlauf oder gar der Regelstudienzeit.

Oft wird so der Eindruck vermittelt, wir sollten möglichst widerstandslos schlucken, was uns vorgesetzt wird und anschließend als schnell einsetzbares „Humankapital“ unseren Dienst an der Gesellschaft leisten, genauso wie die Universität im Sinne einer reinen Ausbildungsstätte ihren Dienst an uns geleistet hat.

LiSA wehrt sich gegen die klare Absage an das Ideal eines mündigen und selbstbestimmten Individuums, wenn uns Studierenden aberkannt wird, selbst zu entscheiden, welche Vorlesungen und Seminare zu besuchen uns wichtig erscheint beziehungsweise bei welchen wir uns einen Besuch getrost sparen können. Eigene Zeiteinteilung und Schwerpunktsetzung halten wir für wichtige Aspekte selbstbestimmten Studierens. Gerade in Fachbereichen, die durch ökonomische Abhängigkeiten von Konzernen wirtschaftlichen Interessen unterliegen, ist es für Studierende wichtig, eigenständig Inhalte bestimmen und gestalten zu können, die eine persönliche Bereicherung ermöglichen und nicht bloß die Bereicherung eines*r potentiellen Arbeitgeber*in. Wir setzen uns in dieser Hinsicht auch für die Möglichkeit ein, selbst Seminare zu organisieren, in welchen, wenn nötig, auch Credit Points erlangt werden können.

Wir setzen uns außerdem für eine Studienform ein, die nicht nur aus Frontalunterricht besteht, sondern an realen Problemen und der Suche nach einer Lösung orientiert ist. Uns ist es wichtig, dass eine engere Zusammenarbeit zwischen Forschung und Lehre sowie zwischen jüngeren und älteren Studierenden (wieder) möglich wird. Wir wollen miteinander anstatt gegeneinander lernen.

LiSA braucht fürs Studium genügend Zeit und Raum

Wir begreifen das Studium nicht nur als inhaltliche Bereicherung unseres Denkens und Handelns, sondern vor allem auch als einen andauernden Prozess der persönlichen und gemeinsamen Entwicklung. Die immense Stofffülle, die in vielen Studiengängen auf der Tagesordnung steht, halten wir daher für problematisch. Dass durch dieses überladene Studium die Qualität der Lehre sinkt und die kritische Auseinandersetzung mit den Inhalten dahinschwindet, ist nur logisch. Dass der Stoff in der vorgesehenen Regelstudienzeit nicht zu schaffen ist, zeigen die gestiegenen Zahlen derjenigen, die länger als geplant studieren. Sei es, weil sie nebenbei arbeiten müssen, krank werden, neben dem Studium auch noch andere Interessen verfolgen oder Kind(er) haben .

LiSA wünscht sich, dass tiefer gehendes Interesse an einem Sachverhalt, persönliche Entwicklung oder auch der Kinderwunsch während des Studiums wieder mehr Platz einnehmen kann. Ganz konkret machen wir uns für die Abschaffung sämtlicher Anwesenheitspflichten und Prüfungsvorleistungen stark und plädieren für eine Verringerung der Prüfungslast. Insbesondere setzen wir uns dafür ein, dass die im Wissenschaftsplan 2020 formulierten Forderungen, in Studienprogrammen die stoffliche Überfrachtung sowie die Prüfungsdichte zu vermindern, kleinteilige Module zu reduzieren, einzelne Prüfungen über mehrere Module zu ermöglichen, verstärkt unbenotete Modulprüfungen anzubieten sowie die Möglichkeit von 8 Semestern Regelstudienzeit auszuschöpfen, an der Universität Bremen umgesetzt werden.

Darüber hinaus ist die anhaltende Raumnot an der Uni ein Problem. Zum Teil werden selbst Abstellkammern, Ateliers und Büros zu Seminarräumen umfunktioniert oder Veranstaltungen in die längst aufgegebene Mittagspause oder zu Randzeiten bis 22 Uhr verschoben. Um das Ganze noch auf die Spitze zu treiben, wurde die Branche hinter dem SFG an Aldi verschachert, anstatt dort neue Lernräume entstehen zu lassen. Wir fordern deshalb mehr Räume! Wir fordern Räume, in denen Kommunikationsprozesse nicht an engen Betonwänden abprallen oder durch Mangel an Sauerstoff ermüden. Ein Ort für gesellschaftliche Auseinandersetzung braucht neben Menschen auch Raum. Hörsäle statt Aldi-Markt!



Was immer geht, ist: Selber machen! 2004 ist die erste GW3-Hütte unter anderem als Reaktion auf herrschende Raumnot an der Uni entstanden.

LiSA will miteinander und nicht gegeneinander studieren

Der Weg an eine Universität kann mitunter äußerst beschwerlich sein. Von sozialer Durchlässigkeit im deutschen Bildungssystem kann defacto nicht die Rede sein. Selbst Abiturient*innen ist der Weg zum Wunschstudium oftmals durch NC-Beschränkungen versperrt. Davon abgesehen entscheiden sich viele Menschen aufgrund von Geldsorgen bewusst für eine Ausbildung und gegen ein Studium.

LiSA wünscht sich, dass der, besonders seit Inkrafttreten der Bologna-Reformen, aufreibende Wettbewerb um Credit-Points und Master-Plätze kein Thema mehr ist. Wie hoch die dadurch entstehende Belastung tatsächlich ist, zeigt der Umstand, dass in den letzten Jahren die Zahl der Hilfesuchenden in der therapeutischen Beratungsstelle deutlich gestiegen ist.

LiSA setzt sich vehement dafür ein, dem überbordenden Leistungs- und Wettbewerbsdruck durch eine solide Ausfinanzierung des Bildungssystems sowie eine gründliche Überarbeitung der Bologna-geschädigten Studienordnungen Einhalt zu gebieten. Zugangsbeschränkungen müssen abgebaut und Masterplätze in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt werden. LiSA will mit ihren Studienkolleg*innen gemeinsam die Lust am Lernen und Forschen entdecken und nicht jeden Morgen einen Hörsaal voller potentieller Konkurrent*innen vorfinden. Der jetzige Status droht nicht nur, Studierende ernsthaft krank zu machen, sondern hat auch eine bedenkliche Entsolidarisierung und Vereinzelung innerhalb der Studierendenschaft zur Folge.

Eine andere Maßnahme, die das Prinzip des Gegeneinanders im gesamten deutschen Hochschulraum etabliert hat, ist die 2006 erstmals ausgeschriebene sogenannte Exzellenzinitiative. Die Exzellenzinitiative ist neben der Einführung von Bachelor und Master sowie der zunehmenden Drittmittelinwerbung Teil der

vor Jahren eingesetzten neoliberalen Umstrukturierung des Bildungswesens. Wir lehnen es ab, dass sich mit Hilfe der Exzellenzinitiative von der Idee von gleichwertigen Unis, verabschiedet wird. Mit der Exzellenzinitiative ist auch die Volluniversität ein Relikt vergangener Zeit geworden: An den Universitäten soll es kein breites Angebot an unterschiedlichen Fächern mehr geben. Stattdessen geht es um Profilbildung. Oder anders gesagt um eine Leuchtturmpolitik, die einige wenige Studiengänge und Forschungsbereiche besonders hervorhebt und diese dementsprechend mit großen finanziellen Mitteln unterstützt. Dieses Geld jedoch fehlt wiederum an anderen Stellen der jeweiligen Universität, sodass im schlimmsten Fall „unrentable“ Studiengänge stark abgebaut oder gänzlich abgeschafft werden sollen. Nicht-exzellente Studiengänge müssen zudem generell mit viel weniger finanziellen Mitteln haushalten, wodurch die bereits strapazierte Qualität der Lehre stark in Mitleidenschaft gezogen wird.

Wir von LiSA halten nichts von einem Wettbewerb sowohl innerhalb als auch zwischen den Universitäten und dem damit verbundenen Druck und der Konkurrenz. Wir setzen uns für ausreichende finanzielle Mittel für alle Bildungseinrichtungen und alle Studiengänge ein. Die Existenz von Studienfächern darf nicht bloß von ökonomischen Kriterien abhängen. Wir protestieren auch weiterhin laut und kreativ gegen die Exzellenzinitiative und eine weitere Ökonomisierung der Bildung!

LiSA möchte auf dem Campus gut leben

... und dafür brauchen wir das Studentenwerk. Dieses ist für die sozialen Belange der Studierenden (Essen, Wohnen, Studienfinanzierung, Kultur, psychologische Beratung) zuständig und wird neben dem Land Bremen von uns Studierenden finanziert. Damit eine bedarfsgerechte Versorgung (weiter) gewährleistet wird, fordern wir, dass das Land Bremen die Finanzierung des Studentenwerks massiv ausbaut! Um beispielsweise die Verschuldung von Studierenden zu vermeiden, wird eine bessere, von Banken unabhängige Finanzberatung im BAföG-Amt benötigt.



LiSA will leckeres Essen

Ebenso dringlich erscheint uns eine weitreichende Subventionierung der Mensa und Cafeteria, damit Essen für alle Studierenden finanzierbar ist. Auch für Menschen mit vegetarischer und veganer Ernährung soll eine kostengünstige Mahlzeit angeboten werden, die nicht nur aus Suppe oder Süßspeise besteht.

LiSA will günstig wohnen

Neben der aktuellen Entwicklung der Essenspolitik in der Mensa empfindet LiSA die Wohnheimpolitik als problematisch. Während offensichtlich ein Wohnraum-mangel für Studierende herrscht, entstanden in der vergangenen Zeit auf dem Campus bzw. in direkter Nähe von Spekulationsfonds betriebene privatwirtschaftliche Wohnheime. Die Mietkosten der Wohnheime sind kaum finanzierbar und den Spekulationsfonds sind die Investor*innen wichtiger als die Studierenden. Gleichzeitig stagnieren die öffentlichen Ausgaben für studentische Wohnheime. LiSA findet, dass (mehr) kostengünstiger gemeinschaftlicher Wohnraum für alle bereitgestellt werden muss. Sinn und Zweck von Wohnheimen darf es nicht sein, dass sich Investor*innen an ihnen bereichern. Mit unserem (hochschul-)politischen Engagement werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass bereits geplante und zukünftige Wohnheime unter Berücksichtigung der Interessen der Studierenden gebaut und bestehende Wohnheime umgestaltet werden, damit Studis möglichst selbstbestimmt wohnen können. Wir wollen Wohnheime von Studierenden für Studierende.

LiSA will tanzen

Wir fordern, dass die Kulturarbeit des Studentenwerks dahingehend verändert wird, dass mehr kleinere studentische und unkommerzielle Initiative gefördert werden. Während die veranstalteten Großevent immer weniger von gewinnbringenden Feten privater Veranstalter*innen zu unterscheiden sind, werden die Möglichkeiten für alternative studentische Kulturprojekte stets kleiner.

Lisa sagt: Werbung halt's Maul

Auch die kommerzielle Nutzung aller Flächen an der Uni kritisieren wir scharf. Seit alle Flächen der Uni an die „Deutsche Hochschulwerbung“ (DHW) vermietet wur-

den, die diese nun an Mobiltelefonanbieter, Tabakfirmen, Geldinstitute oder kommerzielle Clubs/Bars verschreibt, ist es extrem schwierig geworden auf selbstorganisierte Projekte und Veranstaltungen aufmerksam zu machen. Hinzu kommt die sich häufende Präsenz von „Anwerbe-Ständen“ diverser kommerzieller Unternehmen und deren Aufsteller, die sich seit einiger Zeit auch auf dem Boulevard tummeln. Plakatkommunikation zwischen Studierenden wird hingegen gezielt unterbunden.

Um der zahlenden Kundschaft den Alleinwerbeanspruch zu garantieren, werden nicht genehmigte „Wildplakatierungen“ entfernt. Nur wer zahlt, darf werben. Wir werden damit nicht nur auf unsere Kaufkraft reduziert, sondern unserer Engagement und unsere Meinungsfreiheit werden von der Uni massiv beschnitten.

LiSA findet, dass der universitäre Raum frei von kommerzieller Werbung und einer Verwertungslogik sein soll, die das studentische Leben auf bloßen Konsum reduziert! LiSA kämpft für politische und kulturelle Alternativen, um die freien Flächen der Uni wieder für uns Studierende zurückzugewinnen: für eine Hochschule frei von wirtschaftlichen Einflüssen, mit Raum für studentische Kommunikation, Austausch und Selbstorganisation!

LiSA will nicht überwacht werden

Entsprechend der gesellschaftlichen „Großwetterlage“ und nicht erst seit dem NSA-Skandal werden wir auch an der Uni immer stärker überwacht. Dabei geht es einerseits darum, Fehlverhalten aufzudecken, um es sanktionieren zu können und andererseits darum, Fehlverhalten durch die Androhung von Sanktionen zu verhindern. Kurz: Es geht um Kontrolle, um immer mehr Kontrolle. Ob im SFG, im Cartesium oder auch im MZH, Videokameras begleiten uns auf Schritt und Tritt. Natürlich nur „zur eigenen Sicherheit“. Aber wovor sollten wir uns denn bitte an der Uni bedroht fühlen? Oder sollen wir mit diesen Maßnahmen vor uns selbst geschützt werden? Dieser Maßnahme geht die Annahme voraus, dass in jeder und jedem von uns ein*e potenzielle*r Straftäter*in steckt. So wird die Unschuldsumutung umgekehrt und jede*r präventiv verdächtigt. Hier liegt für uns die generelle Unterscheidung zwischen einem wie auch immer gearteten Rechtsstaat und einem autoritären Überwachungs- und Polizeistaat.

Darüber hinaus wird jede mit der Mensacard bezahlte Mahlzeit dauerhaft gespei-



chert. Die Karte ist auch unerlässlich zur Benutzung der Waschmaschinen in den Wohnheimen und zum Drucken und Kopieren in der Bibliothek. Hierdurch lassen sich Gruppen- und Personenprofile anfertigen bzw. können die Daten die Erstellung eines detaillierten Personenprofils sehr erleichtern.

Wir wollen jede massenhafte Ansammlung von personenbezogenen Daten verhindern. Denn erst einmal gespeichert, entzieht sich die Verwendung dieser persönlichen Daten unserer Kontrolle.

LiSA ist Teil einer aktiven und selbstbewussten Studierendenschaft

LiSA ist aktuell Teil des AStAs. Der AStA unterstützt viele Projekte finanziell und mit Infrastruktur, z.B. durch logistische Unterstützung, durch genügend frei verfügbares Arbeitsmaterial und der (rechtlichen) Hilfe bei Problemen. Leider ist der AStA oft zu weit weg vom studentischen Alltag und kann sich bei Problemen innerhalb der Studiengänge nur bedingt einschalten. LiSA findet deshalb Stugenarbeit wichtig und unterstützt sie.

Die Stugen sind zumeist der erste Anlaufpunkt für Studierende und Lehrende eines Studiengangs oder Fachbereichs. Stugen kennen die speziellen Probleme in ihrem Studiengang und die Bedürfnisse ihrer Studierenden und bilden so das Rückgrat im Ringen um studentische Interessen. Wenn es uns gelingt, Probleme wie Schwierigkeiten mit dem Prüfungsamt, verschärfte Aufnahmeverfahren, Anwesenheitspflicht - im eigenen Studiengang und fächerübergreifend zu diskutieren und gemeinsam zu handeln, gewinnen wir alle dabei!

„Die Mitwirkung an der Selbstverwaltung der Hochschule ist Recht und Pflicht aller Mitglieder“ bestimmt das bundesdeutsche Hochschulrahmengesetz. Eine Universität ist also demokratisch aufgebaut. Super Sache also? Alle Beteiligten reden miteinander, finden die richtige Entscheidung und setzen sie gemeinsam um? Manchmal geht das. Auf Studiengangsebene zum Beispiel, wenn Studierende für dieselben Interessen eintreten. Aber schon in Fachbereichsräten und gar erst im Akademischen Senat (AS), dem höchsten universitären Entscheidungsgremium, wird es schwierig: Profs wollen forschen, Studis wollen lernen und verstehen, und

das Rektorat will vor allem exzellent sein. Forschen aber verschlingt viel Geld und Lehre ist dabei eher hinderlich. Deshalb neigen viele Professor*innen dazu, Studiengebühren zu begrüßen und/oder (angeblich) „schlechte“ Studiengänge wie Psychologie bereitwillig zu opfern. Denn diese sorgen für wenig Renommee oder Drittmittel.

Wir haben das nie verstanden und haben deshalb viel mit den AS-Mitgliedern, dem Rektorat, der Uni-Verwaltung und anderen Studierenden diskutiert. Doch Professor*innen haben in allen entscheidenden Uni-Gremien mindestens 51 % der Stimmen. Und so hatten und haben die Profs, jedes Mal wenn abgestimmt wird, doch wieder ihre vom Gesetz gesicherte Mehrheit. Auf dem normalen Weg durch die Gremien der Universität können unsere studentischen Interessen strukturell nur unterliegen, da die Mehrheitsverhältnisse zu unseren Ungunsten sind.

Für uns von LiSA spielt sich Politik daher nicht ausschließlich in Gremien ab. Auf Grund des teilweise sehr großen Ungleichgewichts der verschiedenen Statusgruppen in wichtigen Entscheidungsgremien können unsere Interessen nur bedingt durchgesetzt werden. Gremien sind für uns kein Selbstzweck, in denen wir uns im Schwingen großer Reden üben wollen. Auch haben wir ein Problem damit, Politik in Hinterzimmern zu betreiben. Vielmehr begreifen wir Gremienarbeit als Mittel zum Zweck. Unsere Zeit und Energie stecken wir aus diesen Gründen besonders in außerparlamentarische Aktionen. Für uns passiert Politik in erster Linie auf dem Campus und nicht in abgeschotteten Räumen! Deswegen engagiert sich LiSA z. B. maßgeblich im Aktivenplenum, aus dem die erfolgreichen Proteste gegen die im WP2020 vorgesehenen Kürzungen hervor gingen. Der Protest hat gezeigt, dass unsere Stimmen doch gehört werden und selbstorganisierter Widerstand jenseits der Gremien erfolgreich sein kann. Wenn wir etwas an der Uni bewegen wollen, dann geht also nur eine Kombination aus beidem: Politische Arbeit in Gremien und auf dem Campus.

Vor allem sollte es aber darum gehen, dass wir uns alle zusammentun und – egal ob StugA, AStA oder sonst wer – unsere individuellen Möglichkeiten, Stärken und Erfahrungen teilen und gemeinsam nutzen. Nur so könnten wir wirklich kraftvoll für unsere grundlegenden Interessen eintreten.



LiSA will spannende, aber auch kritische Forschung

Drittmittel sind Gelder, die einerseits staatlich vergebene sein können, z.B. von der DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft). Das heißt Forschende müssen mit viel Aufwand Anträge auf Unterstützung einzelner Forschungsprojekte stellen und auf monetäre Hilfe hoffen. Andererseits gibt es auch nicht-staatliche Mittel, die aus der gewerblichen Wirtschaft an die Universitäten fließen. Besonders die sogenannten „gebundenen“ Drittmittel verknüpfen Gelder mit bestimmten Forschungsaufträgen und Stiftungsprofessuren, die primär den Interessen der Unternehmen dienen. So wird die Universität immer mehr in ihrer Unabhängigkeit eingeschränkt und muss wirtschaftlich „verwertbare“ Forschungsergebnisse liefern, um Drittmittel zu erhalten. Die staatlichen Mittel gehen gleichzeitig schon seit Jahren weiter zurück. An der Uni Bremen wird z. B. ein Drittel des gesamten Etats durch Drittmittel eingeworben. Schlussendlich können nur die Universitäten in einem solchen Wettbewerb überleben, die in der Lage sind ausreichend Drittmittel zu akquirieren. Darüber hinaus kostet das Werben von Drittmitteln Forschende wie Lehrende immens viel Zeit, sodass die Qualität der Lehre zusätzlich darunter leidet.

Wir fordern eine Universität, in der Reputation und die Gunst der Wirtschaft nicht die Inhalte bestimmen. Wir wünschen uns eine kritische Wissenschaft, die unabhängig von interessengeleiteten Großspenden aus der Wirtschaft forschen kann.

LiSA will ohne Tiere forschen

Seit 1998 finden an der Bremer Universität unter der Leitung von Andreas Kreiter Versuche an Affen, den Makaken, statt. Diese werden zunächst durch Wasser- und Nahrungsentzug an die Aufgaben während des Versuches gewöhnt. Dann, an den sogenannten „Primatenstuhl“ gefesselt, müssen sie auf ein Bild blicken und bei Veränderungen des Bildes mit einem Knopfdruck reagieren. Bei erfolgreicher Reaktion erhalten sie tropfenweise Flüssigkeit. Sind die Affen an diese Arbeit gewöhnt, wird ihnen unter Narkose das Gehirn geöffnet und kleine Elektroden eingeführt. Bei den Versuchsreihen im „Primatenstuhl“ werden die Interaktionen der einzelnen Nervenzellen gemessen. Nach dem Abschluss der Versuchsreihe werden die Affen getötet.

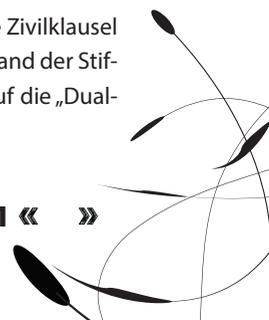
Über fünfzehn Jahre lang flammten immer wieder Proteste und Debatten über die Tierversuche an der Universität auf. Kurz vor den Wahlen 2008 änderte die Bremer Bürgerschaft ihren Kurs von blinder Unterstützung der Experimente zu einer Ablehnung der Tierversuche. Plötzlich sollten keine Genehmigungen mehr erteilt und wenn nötig der Streit zwischen Tierversuchen und Wissenschaftsfreiheit bis zum Verfassungsgericht getragen werden. Nachdem 2008 das Gesundheitsressort Andreas Kreiter die Genehmigung für seine Experimente aus ethischen Gründen nicht verlängert hatte, entschied das Oberverwaltungsgericht Bremen mit einem Eilentscheid die Fortsetzung der Versuche mit Affen bis November 2012, um laufende Versuchsreihen beenden zu können. Nach zwei weiteren Jahren des Rechtsstreits entschied das Bundesverwaltungsgericht im Februar 2014 nun endgültig, dass die Forschung an Makaken an unserer Uni nach geltendem Recht ethisch vertretbar und deshalb zulässig sei.

Unserer Meinung nach ging und geht es bei der Debatte letztendlich um eine Abwägung, ob es sich bei den Versuchen um zumutbare oder unzumutbare Praktiken handelt. Dabei kommt es zu einer Instrumentalisierung von Krankheiten, denn die Ergebnisse der Forschung würden angeblich zu Behandlungsfortschritten führen. Mehr als solche (leeren) Versprechungen kamen seit Beginn der Tierversuche an der Uni jedoch nicht zustande, denn bisher hat die Quälerei der Tiere zu keiner einzigen tatsächlichen medizinischen Anwendung geführt.

LiSA fordert die Erforschung von Krankheiten, ohne diese auf dem Rücken von fühlenden Lebewesen auszutragen. Weder für Kosmetik noch für eine Grundlagenforschung, die seit Jahren keine entscheidenden Ergebnisse hervorgebracht hat, soll Tieren Leid zugefügt, noch sollen sie getötet werden.

LiSA will keine Bomben bauen

Die Uni Bremen bekennt sich öffentlich zu ihrer Zivilklausel, die Forschung zu Militärzwecken verbieten soll. Trotzdem gibt es auch hier immer wieder Fälle von Rüstungsforschung. Denn trotz der Zivilklausel nimmt die Uni bereitwillig Geld z.B. von der Luft- und Raumfahrtfirma OHB an; einer Firma, die mit der Bundeswehr zusammenarbeitet. Der Rektor meint zu der Zusammenarbeit, dass die Zivilklausel zwar eine gute Sache sei, OHB aber auch ein tolles Unternehmen. So stand der Stiftungsprofessur nichts im Wege. Dabei verweisen wir immer wieder auf die „Dual-



Use“-Problematik: bei Grundlagenforschung kann nicht abgesehen werden, ob sie einem militärischen oder zivilen Nutzen dient. Dies zeigt sich, wenn mensch sich beispielsweise die Einsatzzwecke des SAR-Radarsystem von OHB anschaut. Es wird einerseits genutzt, um das Abschmelzen der Polkappen zu dokumentieren, kommt aber auch bei militärischen Auslandseinsätzen zur Anwendung.

Außerdem deckten Journalisten im Recherche-Projekt „Geheimer Krieg“ Ende 2013 Kooperationen von 21 deutschen Hochschulen mit dem US-Verteidigungsministerium auf. Darunter war auch die Bremer Uni. Auch hier wurde von der Unileitung abgewiegelt: Es handele sich bei der Kooperation nicht um Rüstungsforschung, sondern um Grundlagenforschung. Dass der Geldgeber eindeutig zu verorten ist, spielte auch hierbei keine Rolle.

Die universitäre Zivilklausel besitzt keinerlei rechtliche Relevanz und hat besten Falls einen symbolischen Wert, der ohne den politischen Willen weder Rüstungs-kooperationen verhindert, geschweige denn zur Entmilitarisierung führt. Eine gesetzliche Zivilklausel ist politisch nicht gewollt. Schließlich sollen deutsche Soldat*innen nicht mit Pfeil und Bogen in den Krieg ziehen bzw. die „humanitäre Stabilität“ in anderen Ländern gewährleisten.

Letztendlich wird immer auf die im Grundgesetz verankerte Autonomie der Hochschulen und die Wissenschaftsfreiheit gepocht. Dass die Wissenschaft allerdings nicht unabhängig von Drittmittelgebern und Unternehmensinteressen ist, wird dabei meistens verschwiegen. LiSA setzt sich für die Offenlegung von Kooperationen zwischen Rüstungsindustrie und Forschung ein. Wir streiten nicht nur für den Erhalt der Zivilklausel, sondern fordern darüber hinaus von allen universitären Institutionen und Forschungseinrichtungen sowie deren Kooperationspartner*innen die vollständige Einhaltung dieser. Wir lehnen jegliche finanzielle Mittel an die Universität von Unternehmen ab, die an der Rüstungsindustrie beteiligt sind oder in Kooperation mit der Bundeswehr oder mit anderen Unternehmen der selbsternannten „Sicherheitsbranche“ stehen.

Da wir aber in einer Gesellschaft leben, die ihren Wohlstand zunehmend militärisch absichert und erweitert, können die universitären Diskussionen nicht losgelöst hiervon geführt werden. Wenn keine Rüstungsforschung betrieben werden soll, darf es auch kein Militär mehr geben. Für eine Welt ohne Kriege!

Gesellschaftskritik – ohne geht's nicht!

LiSA kann und will die Bildungsinstitutionen dieser Gesellschaft nicht losgelöst von (vor-)herrschenden Strukturen und gesellschaftlichen Funktionen denken. Neben dem Potenzial von Institutionen wie Schulen und Universitäten, in denen Menschen die Möglichkeit haben sich zu bilden und eigene Positionen und Kritiken zu entwickeln, haben diese Einrichtungen eine zentrale Funktion im Fortbestehen unserer sexistisch, rassistisch und kapitalistisch organisierten Gesellschaft.

So sollen sie uns zum einen für den Arbeitsmarkt verwertbar machen und zum anderen grundsätzlich dafür sorgen, dass wir in der bestehenden Gesellschaft funktionieren - ihr Potential, kritisches Bewusstsein zu fördern, wird durch diese Verwertungs-Funktion immer wieder unterlaufen. Die Schule sowie später die Uni sind dabei gleichzeitig der Inbegriff von Selektion und Konkurrenzkämpfen um die begrenzten privilegierten Plätze in dieser Gesellschaft – gerade Menschen, die von struktureller Gewalt, wie Sexismus und Rassismus betroffen sind, stehen dabei hinten an.

LiSA setzt sich daher nicht nur für eine Verbesserung des Bildungs- und Hochschulsystems ein, sondern denkt auch eine grundsätzliche Kritik an der gesellschaftlichen Funktion institutionalisierter Bildung mit. Eine Kritik am gegenwärtigen Bildungssystem meint für uns also gleichzeitig eine Kritik an Sexismus, Rassismus und Kapitalismus.

Wir begreifen Hochschulpolitik deswegen nicht als Kampf für bessere Bedingungen an unserer Uni, damit wir uns beispielsweise noch konkurrenzfähiger auf dem Arbeitsmarkt behaupten können. Sondern Hochschulpolitik bedeutet für uns das Streiten für eine solidarische Gesellschaft jenseits von Konkurrenz und Leistungsdruck, in der alle ein gutes Leben führen können.

LiSA findet: Gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse bleiben nur solange bestehen, wie wir sie akzeptieren, daher liegt es auch an uns, sie zu verändern!



NICHT VERGESSEN

SR-Wahl vom 22. bis 26. Juni 2015
euren Studiausweis mitnehmen
und LiSA wählen - Liste 10



lisa-bremen.de

